



Niederschrift

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 38. Sitzung

Vorwegauszug

am Mittwoch, dem 2. Oktober 2024, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender

Lukas Kilian (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU), in Vertretung von Andreas Hein

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Lasse Petersdotter

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Hölck (SPD)

Kianusch Stender (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP), in Vertretung von Dr. Bernd Buchholz

Sybilla Nitsch (SSW)

Weitere Abgeordnete

Thomas Jepsen (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	a) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des Ansiedlungsvorhabens Northvolt 3	4
	Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) Umdruck 20/3643	
	b) Sachstand zur Einrichtung des Projektbüros im Zusammenhang mit der Ansiedlung Northvolts	4
	Fortsetzung der Beratung vom 11. Juli 2024	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein	14
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/2194	

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Umdrucke 20/3679 und 20/3713 vertraulich zu behandeln.

1. a) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des Ansiedlungsvorhabens Northvolt 3

Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD)
[Umdruck 20/3643](#)

hierzu: [Umdruck 20/3679](#) (vertraulich)

b) Sachstand zur Einrichtung des Projektbüros im Zusammenhang mit der Ansiedlung Northvolts

Fortsetzung der Beratung vom 11. Juli 2024

hierzu: [Umdrucke 20/2586](#), [20/3436](#), [20/3492](#), [20/3492](#), [20/3730](#)

Abgeordneter Stender begründet seinen Antrag, Umdruck 20/3643. In Dithmarschen und Umgebung herrsche zurzeit große Verunsicherung bezüglich des Ansiedlungsvorhabens, weil es in letzter Zeit negative Schlagzeilen über Northvolt gegeben habe. Daher begrüße er es, dass heute zwei Minister dem Ausschuss Auskunft erteilten. Er bitte sie zu erklären, ob die Ansiedlung zum geplanten Zeitpunkt stattfinden werde. Außerdem interessiere ihn, welche Maßnahmen die Landesregierung zum Ausbau der Infrastruktur in der Region Dithmarschen ergreife und welche Informationen sie mit Northvolt zu diesen Themen ausgetauscht habe.

Herr Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei, weist den Eindruck zurück, dass unklar oder unsicher sei, welche Maßnahmen die Landesregierung ergriffen habe und ergreife. Wer die Lage vor Ort kenne, könne zu dieser Auffassung nicht gelangen. Die Landesregierung habe den Wirtschaftsausschuss in den vergangenen Wochen und Monaten umfänglich über den Stand der Dinge informiert.

Seit Beginn des Ansiedlungsvorhabens, so Minister Schrödter weiter, gebe es eine Taskforce, die sich alle vier bis sechs Wochen treffe, um alle Schritte zu besprechen und zu koordinieren. In dieser Runde berieten alle beteiligten Landesministerien, Vertreter der Region, des Amtes, des Kreises, der Gemeinden sowie von Northvolt, um Herausforderungen Stück für Stück abzarbeiten.

Minister Schrödter trägt die wesentlichen Punkte seines Schreibens an den Ausschuss, Um-
druck 20/3730, vor. Er fügt hinzu, dass die Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur
besonders wichtig seien, da die Zulieferungen zum Werk – wie in der Autoindustrie üblich –
auf dem Schienenweg erfolgen sollten.

Einen Planungsverbund zu gründen, um die Gewerbeflächen zu entwickeln, halte er für sinn-
voll, jedoch wolle er in dieser Frage der kommunalen Selbstverwaltung und den Entscheidun-
gen der Gremien vor Ort nicht vorgreifen.

Minister Schrödter erklärt, wie es zu der Idee eines Projektbüros gekommen sei: Seit Beginn
der Vorbereitungen für die Northvolt-Ansiedlung hätten sich die Herausforderungen beim Bau
neuer Infrastruktur verändert. Deshalb hätten sich die Landesregierung sowie die Beteiligten
vor Ort dafür ausgesprochen, die Projektstruktur anzupassen und die Taskforce durch ein Pro-
jektbüro zu entlasten. Von Anfang an sei klar gewesen, dass man sich die nötige Zeit nehmen
wolle, um diese neue Projektstruktur tragfähig zu machen.

Schleswig-Holstein, so Minister Schrödter zusammenfassend, sei ein Land der kurzen Wege.
Auch Investoren schätzten die schnelle und enge Abstimmung. Die Landesregierung begleite
die Region Dithmarschen eng, arbeite mit allen Beteiligten gut zusammen, habe die mit der
Ansiedlung verbundenen Herausforderungen klar im Blick und ergreife zu ihrer Bewältigung
eine Reihe von Maßnahmen.

Herr Haux, Deutschlandchef von Northvolt, erklärt, er wolle möglichst offen und transparent
antworten, könne jedoch nicht über Interna sprechen. Den Fortgang beim Ausbau der Infra-
struktur und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten habe Minister Schrödter treffend
dargestellt.

Herr Haux erklärt, die Elektrifizierung – also die Ersetzung aller Verbrennungsmotoren durch
Elektromotoren – bleibe ein Megatrend. Rund 20 Prozent der in Europa verkauften Automobile
seien voll- oder teilelektrisch. Obwohl für 2030 eine Elektrifizierungsquote von nur noch
50 Prozent – und nicht wie zuvor 70 Prozent – prognostiziert werde, sei der Trend ungebro-
chen.

Dennoch befinde sich die Elektrifizierung zurzeit in einer kritischen Phase. Viele technologische Transformationen begännen mit einer Phase des Enthusiasmus, dann folge eine Kalibrierung und im Anschluss ein kontinuierliches Wachstum. Die Elektrifizierung befindet sich zurzeit in der Phase der Kalibrierung: Die Verkaufszahlen von Elektroautos seien in Deutschland zurzeit rückläufig, in der Europäischen Union insgesamt aber nicht. In dieser Phase müsse Europa langfristig denken und erkennen, dass es für die industrielle Zukunft und das Verhältnis zu Asien absolut entscheidend sei, Batterien in Europa zu produzieren.

Auch Northvolt wahre die langfristige Perspektive und sei dennoch gezwungen, sich an kurzfristige Entwicklungen am Markt anzupassen. Daher habe das Unternehmen beschlossen, sich in nächster Zeit verstärkt auf sein Kerngeschäft, die Herstellung von Batteriezellen, zu konzentrieren und dafür andere Aktivitäten zu verlangsamen.

Im Zuge dieser Neufokussierung habe Northvolt eine Reihe von Entscheidungen getroffen: Für den Geschäftsbereich „systems“, der sich mit der Herstellung von Batteriesystemen aus Batteriezellen beschäftige und in Polen angesiedelt sei, suche das Unternehmen zurzeit externe Investoren. Außerdem pausiere Northvolt die Kathodenproduktion in Skellefteå und habe ein ebenfalls für die Kathodenproduktion vorgesehenes Grundstück in Borlänge verkauft. Zudem habe sich das Unternehmen entschieden, das Werk in Skellefteå vorerst nicht zu expandieren, sondern nur bis zur Leistung von 16 Gigawattstunden auszubauen. Außerdem müsse man in Schweden Stellen abbauen. Dies sei zwar unschön, aber notwendig, um das Unternehmen in der aktuellen Marktlage richtig aufzustellen.

Inmitten dieser kurzfristigen Anpassungen seien die langfristigen Ambitionen von Northvolt unverändert. Das Unternehmen wolle der führende europäische Batteriehersteller sein und den Wettbewerb mit der asiatischen Konkurrenz aufnehmen.

Der Standort Heide, so Herr Haux weiter, bleibe ein Grundpfeiler der Expansion von Northvolt. Die Fabrik in Heide werde nach wie vor gebraucht. Die Arbeiten gingen wie von Minister Schrödter dargestellt voran: Die Autobahnausfahrt sei in Weltrekordtempo gebaut worden. Außerdem sei die Gaspipeline verlegt, was wichtig für die kommenden Bauarbeiten sei. Aktuell werde die Baustelle winterfest gemacht. Des Weiteren sei in Heide ein Northvolt-Office eingerichtet worden. Von diesen Fortschritten hätten sich einige Anwesende bei einem Besuch auch selbst überzeugt.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch antwortet Herr Haux, die gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen vor Ort und mit der Landesregierung sei ein Grund, weswegen der Standort Heide für Northvolt richtig und wichtig sei. Ob der Zeitplan für die Fabrik in Heide geändert werde, könne er heute nicht genau sagen, da dies vom Gesamtbild im Konzern abhängen würde. Es stehe fest, dass Northvolt zu Heide stehe und die Arbeiten weitergingen. Er verstehe aber, dass die Frage nach dem Zeitplan zu einem späteren Zeitpunkt im Detail beantwortet werden müsse.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Nitsch erklärt Minister Schrödter, Details zur Energieversorgung des Werkes in Heide müsse Northvolt selbst beantworten, da es um privatwirtschaftliche Verträge gehe. Generell habe die Landesregierung diesen Aspekt aber im Blick und spreche mit den Energieversorgern über die Energieinfrastruktur, soweit dies möglich sei.

Grundsätzlich müsse die Regulierung des Strommarktes so angepasst werden, dass Norddeutschland von den niedrigen Preisen des dort produzierten Stroms profitiere, damit Industrialisierung und Dekarbonisierung erreicht würden. Darüber bestehe nicht nur innerhalb der Landesregierung, sondern auch im Landtag Konsens. Zwar seien auf Bundesebene einige Fortschritte erzielt worden, diese reichten aber noch nicht aus. Daher seien alle Landespolitiker, deren Parteien im Bundestag vertreten seien, aufgerufen, sich entsprechend zu engagieren.

Herr Haux ergänzt, auch er könne zur Energieversorgung des Werkes in Heide keine Details nennen, weil es sich um privatwirtschaftliche Verträge zwischen Northvolt und den Energieversorgern handle. Ganz allgemein gesprochen sei die besondere Energiesituation in Heide ein wichtiger Grund für die Ansiedlung.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Nitsch antwortet Minister Schrödter, noch sei nicht abschließend geklärt, wie die Entwicklung der Gewerbeflächen nördlich des Werkes verwaltungstechnisch erfolgen werde. Es gebe verschiedene Lösungen, die ihre Vor- und Nachteile hätten und daher im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gegeneinander abgewogen werden müssten. Die Landesregierung stehe dazu im Austausch mit den Kommunen. Fest stehe, dass die zu überplanenden Flächen identifiziert seien. Nun gelte es, mit einigen Grundstückseigentümern zu verhandeln. Solche Verhandlungen seien in der Vergangenheit bereits gelungen – sonst stünde die Fläche, auf der Northvolt das Werk baue, gar nicht zur Verfügung.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch antwortet Minister Schrödter, die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur erfolge nach gesetzlichen Vorschriften. Privat genutzte Infrastruktur werde von den jeweiligen Nutzern bezahlt. Bei öffentlicher Infrastruktur gälten die üblichen gesetzlichen Vorgaben.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Nitsch antwortet Minister Schrödter, die berufsbildenden Schulen in der Region hätten ihre Kapazitäten und Kompetenzen an die zu erwartenden steigenden Bewerberzahlen angepasst. Der erhöhte Bedarf sei also im System abgebildet. Er werde das Bildungsministerium bitten, dem Ausschuss zu den Details schriftliche Informationen zukommen zu lassen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch nach dem Landesnahverkehrsplan antwortet Minister Madsen, die Ertüchtigung der Strecke Horst (Holstein)–Itzehoe werde wegen der Northvolt-Ansiedlung vorgezogen. Dieses Projekt sei ursprünglich ab 2027 vorgesehen gewesen – zu diesem Zeitpunkt werde der Landesverkehrsplan aber ohnehin erneuert. Bezüglich der Hochbrücke in Hochdonn habe die Landesregierung eine Taskforce mit der Deutschen Bahn eingerichtet, in der Alternativstrecken – zum Beispiel über Jübek – diskutiert würden. Auf den Alternativstrecken müssten kleinere Ertüchtigungsmaßnahmen durchgeführt werden, wofür in den nächsten acht Jahren rund 130 Millionen Euro vorgesehen seien. Da es sich um Bahninfrastruktur des Bundes handele, müsse der Bund die Kosten tragen.

Abgeordneter Hölck kritisiert die Einlassungen von Minister Schrödter, dass es keine Unsicherheit über den Fortgang der Northvolt-Ansiedlung gebe. Wie aus dem Schreiben des Ministers, Umdruck 20/3730, hervorgehe, sei die Willensbildung über Maßnahmen des Wohnungsbaus in einigen Gemeinden noch nicht abgeschlossen. Angesichts der langen Dauer von Genehmigungsverfahren sei zu befürchten, dass zum geplanten Baustart 2026 keine einzige Wohnung bezugsfertig sein werde. Kritikwürdig sei auch, dass weiterhin unklar sei, über welche Kanalbrücke der Güterverkehr vom und zum Northvolt-Werk geführt werden solle.

Abgeordneter Kilian erinnert daran, dass es sich bei der Northvolt-Ansiedlung um ein Großprojekt handele, hinter dem alle im Landtag vertretenen Parteien stünden. Zwar verstehe er, dass die Opposition ihre Rolle wahrnehme, indem sie Kritik übe, doch sei es wenig sinnvoll, die Lage übertrieben negativ darzustellen und Unsicherheit herbeizureden.

Auf die Kritik des Abgeordneten Hölck am Fortgang des Wohnungsbaus erwidert Abgeordneter Kilian, aus dem Schreiben von Minister Schrödter gehe hervor, dass im November 2024 die dritte Dithmarscher Wohnraumkonferenz stattfindet. Dort werde mit den Kommunen an Lösungen gearbeitet werden. Es sei normal, dass in einem laufenden Verfahren Dinge im Fluss seien. Zurzeit würden viele Projekte erheblich beschleunigt. Die Landespolitik tue alles für die Ansiedlung des Werkes in Heide. Schleswig-Holstein sei ein guter Investitionsstandort – darüber dürften die Aussagen Einzelner nicht hinwegtäuschen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky antwortet Minister Schrödter, er sehe keine Anzeichen dafür, dass die Mittel für das Projektbüro nicht auskömmlich sein könnten. Nach wie vor sei geplant, dem Kreis als dem Träger des Projektes Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro zuzuweisen.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Kumbartzky antwortet Minister Schrödter, er gehe davon aus, dass die Bedingungen aus dem Förderbescheid für Northvolt eingehalten würden. Insofern bleibe die Haushaltsplanung 2024 unverändert. Er gehe davon aus, dass der Landesanteil der Fördermittel für Northvolt noch in diesem Jahr abfließen werde.

Gleichfalls auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky antwortet Herr Haux, Northvolt wünsche sich eine Betriebskita am Standort Heide, zumal dies gut zur Betriebskultur passe. Derzeit werde diese Möglichkeit geprüft. Da die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei, könne er nicht sagen, ob es tatsächlich dazu kommen werde.

Abgeordneter Stender wirft Minister Schrödter vor, dass er behaupte, es gebe keine Unsicherheiten bezüglich der Northvolt-Ansiedlung. Wenn der Minister betone, dass die Unterlagen nicht richtig gelesen und interpretiert habe, wer Unsicherheiten zu erkennen meine, sei dem entgegenzuhalten, dass gar nicht davon auszugehen sei, die Menschen vor Ort läsen alle Unterlagen der Landesregierung. Vielmehr stehe die Landesregierung in der Pflicht, sich öffentlich klar zu äußern. Dies sei in den vergangenen Wochen aber nicht geschehen.

Der Opposition vorzuwerfen, Unsicherheiten herbeizureden, sei falsch, fährt Abgeordneter Stender fort. Aufgrund vielfältiger Kontakte in der Region wisse er die dortige Stimmung gut einzuschätzen. Selbst die Industrie- und Handelskammer in Dithmarschen sehe Nachholbedarf beim Ausbau der Infrastruktur. Sie habe in einem Positionspapier dahin gehende Vorschläge gemacht, die die Landesregierung bisher nicht aufgegriffen habe.

Zudem fehle bisher, so Abgeordneter Stender, eine Antwort der Landesregierung auf die Ankündigung Northvolts, dass der Zeitplan für den Bau des Werkes möglicherweise nicht eingehalten werden könne.

Abgeordneter Stender kritisiert die Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD, Drucksache 20/2445, durch die Landesregierung. Auf die dort gestellte Frage nach der Unterstützung der Schulträger habe die Landesregierung lediglich auf die Zuständigkeit der Schulträger verwiesen. Wann die in diesem Zusammenhang erwähnte Förderrichtlinie veröffentlicht werde, habe sie offengelassen. Ob es eine internationale Schule geben werde, sei auch nicht hinreichend konkret beantwortet. Wenn die Maßnahmen zeitgleich zum tatsächlichen Bevölkerungswachstum greifen sollten, müsse man zuvor mit den Planungen beginnen.

Die Einrichtung des Projektbüros, so Abgeordneter Stender weiter, sei zu langsam vorangeschritten. Ministerpräsident Günther habe das Büro bereits im Oktober 2023 angekündigt, laut Berichterstattung des NDR solle es im Mai 2025 fertig sein, nun habe Minister Schrödter es in Umdruck 20/3730 für März 2025 angekündigt. Das bedeute, dass das Büro erst eineinhalb Jahre nach Ankündigung fertig werde.

Der Vorschlag der SPD, ein Welcome Center eigens für die Region einzurichten, sei von Teilen der Regierung und der sie tragenden Fraktionen abgelehnt worden. Wenig später habe jedoch der Landrat von Dithmarschen, Herr Schütt, ein solches angekündigt. Sein Konzept enthalte trotz einer anderen Konzeptionierung viele Vorschläge der SPD. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob die Landesregierung überhaupt im Austausch mit dem Landrat stehe.

Abgeordnete Waldeck äußert Verwunderung über die Aussage des Abgeordneten Stender, dass Menschen in Dithmarschen die schriftlichen Informationen aus der Landespolitik nicht läsen. Wer als Abgeordneter Kleine Anfragen stelle, habe doch die Aufgabe, die Antworten darauf an die vielen Menschen vor Ort weiterzugeben.

Auf die Kritik und Fragen des Abgeordneten Stender antwortet Minister Schrödter, er habe bereits deutlich dargelegt, dass die Landesregierung an der Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen arbeite. Da es sich um ein fortschreitendes Projekt handele, könne die Landesregierung manche Fragen heute konkreter beantworten als drei Wochen zuvor. Daraus lasse sich aber nicht ableiten, dass Verfahrensfragen ungeklärt seien. Schleswig-Holstein arbeite mit hoher Geschwindigkeit an den gesteckten Zielen – das nähmen die Regionen so wahr, und das

werde auch international so wahrgenommen. Die gesamte Politik, so Minister Schrödter weiter, stehe in der Verantwortung, gemeinsam gute Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die sich in Schleswig-Holstein ansiedeln wollten. So könnten die Standortfaktoren Schleswig-Holsteins, insbesondere die erneuerbaren Energien, für die Schaffung von Industriearbeitsplätzen genutzt werden.

Abgeordnete Nitsch fragt, wie eventuelle Mehrkosten für die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Northvolt-Ansiedlung im Haushalt abgebildet werden. – Minister Schrödter sagt zu, dies im Nachgang der Sitzung schriftlich zu beantworten.

Auf die Ausführungen des Abgeordneten Stender zum Welcome Center erwidert Minister Schrödter, das Welcome Center sei vor Ort und nehme seine Arbeit auf. Am Vortag habe es ein Treffen zwischen Vertretern von Northvolt und Vertretern der Industrie- und Handelskammer sowie der örtlichen Wirtschaft gegeben. Der Bericht des NDR über dieses Treffen habe ebenfalls bekräftigt, dass Northvolt nach Heide komme.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldeck antwortet Herr Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, dass es eine Taskforce gebe, in der er mit der Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Frau Henckel, sowie Herrn Huber von der DB InfraGo über die Frage der Bahntrasse spreche. Die Taskforce prüfe verschiedene Alternativrouten, um die Hochdonnbrücke, deren Lastfähigkeit nicht ausreiche, zu umgehen. Die Strecke über Husum und Jübeck sei als Alternative zu lang. Es müssten bauliche Maßnahmen ergriffen werden, um Begegnungsverkehr zu ermöglichen, da sonst der übrige Verkehr zu stark beeinträchtigt würde. Die Strecke zwischen Heide und Neumünster sei im Moment kein Favorit. Auf dieser Strecke müsste nämlich viel Ausgleichsfläche geschaffen werden, weil die Steigung zu groß sei. Dies stelle ein Problem für das Kuppeln von Güterzügen dar. Im Oktober 2024 werde es einen Ortstermin geben, bei dem sich die Taskforce verschiedene Brückensrecken ansehen werde. Klar sei auch, dass Alternativrouten keine Dauerlösung seien, da Umwege unwirtschaftlich seien.

Herr Haux merkt an, er könne die technische Eignung verschiedener Bahnstrecken nicht beurteilen. Klar sei, dass die Schienenanbindung für Northvolt außerordentlich wichtig sei. Obwohl der Lösungsweg nicht ganz einfach sei, gebe es nach seinem Eindruck eine gute Dynamik zwischen Land, Bund und Bahn. Er sei optimistisch, dass eine Trasse gefunden werde.

Abgeordneter Nielsen berichtet, die große Mehrheit der Menschen an der Westküste und insbesondere in Dithmarschen stehe hinter der Northvolt-Ansiedlung. Dies belegten auch die zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Bauleitplanung. In allen zentralen Orten und allen Segmenten – von Wohn- bis zu Gewerbegebieten – werde geplant. Die Kreisstadt Heide habe sogar selbst Flächen erworben, um nach Abschluss der Bauleitplanung mit der Erschließung beginnen zu können. Dies zeige, dass die Dithmarscher Gemeinden die Northvolt-Ansiedlung ernst nähmen und investierten. Insofern könne von Unsicherheit keine Rede sein.

Abgeordneter Knöfler rät, die administrativen Zuständigkeiten zu beachten, bevor man laute Forderungen erhebe. Die Kommunen seien für viele Aufgaben zuständig und erfüllten diese auch. Als Kommunalpolitiker wisse er, dass manche Verfahren ihre Zeit bräuchten und aus rechtlichen Gründen nicht beschleunigt werden könnten. Am Ende kämen aber gute Ergebnisse heraus. Er habe daher großes Vertrauen in die Kommunalpolitik.

Abgeordneter Kumbartzky beanstandet, dass die Koalitionsfraktionen und Minister Schrödter der Opposition Destruktivität vorwürfen. Er halte es für richtig, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Es seien berechtigte Fragen gestellt worden. Als der Ministerpräsident vor einem Jahr in Dithmarschen die Gründung des Projektbüros verkündet habe, habe er zugesagt, häufiger nach Dithmarschen zu kommen als bisher geschehen. Den Akteuren vor Ort wäre dadurch geholfen, wenn die Landesregierung und der Ministerpräsident Veranstaltungen vor Ort durchführten. – Minister Schrödter nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky antwortet Minister Schrödter, er könne noch nicht sagen, wie hoch der Landesanteil an der Finanzierung des Projektbüros sein werde, da das Ausschreibungsergebnis noch nicht vorliege. Er gehe aber davon aus, dass der Anteil deutlich unter 50 Prozent liegen werde.

Der Kritik des Abgeordneten Stender hält Minister Schrödter entgegen, es sei nicht entscheidend, ob das Projektbüro einen Monat früher oder später eingerichtet werde oder ob es ein Ausschreibungsverfahren gebe, da es bereits eine vollständig funktionsfähige und abgestimmte Projektarbeitsstruktur gebe. Diese Struktur habe es ermöglicht, in enger Abstimmung aller Beteiligten und mit dem notwendigen Personaleinsatz ein Bauleitverfahren in Rekordzeit auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig habe man sich die Zeit genommen, bestimmte Prozesse an bewährte Strukturen im Land anzupassen.

Er halte es für angemessen, dass die Landespolitik das gemeinsam Erreichte auch nach außen trage. An den Anstrengungen in den Kommunen hätten auch Vertreter der im Landtag vertretenen Oppositionsparteien mitgewirkt

Der Vorsitzende dankt Herrn Haux sowie den Vertretern der Landesregierung für ihr Kommen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2194](#)

(überwiesen am 21. Juni 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/3484](#), [20/3551](#), [20/3570](#)

Anhörung der kommunalen Landesverbände

**Jörg Bülow (Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag),
Dr. Sönke Schulz (Schleswig-Holsteinischer Landkreistag)**

Herr Bülow, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, berichtet, in den Rückmeldungen der Mitgliedsgemeinden sei großer Unmut über den Gesetzentwurf zu spüren, da er grundsätzliche Gerechtigkeitsfragen betreffe.

Er rufe den Kern des Gesetzentwurfs in Erinnerung: Es gehe um die Frage, wer in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern für die Herstellung und die Wiederherstellung von Straßenentwässerungsanlagen aufkommen müsse. Die Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten der Landes- und Kreisstraßen sei in diesen Kommunen grundsätzlich zwischen Kommune, Kreis und Land geteilt, wobei die Verantwortung für die Straßenentwässerung den Gemeinden zufalle. Die Kosten für die Straßenentwässerung würden geteilt.

Seit einiger Zeit sei juristisch umstritten, ob unter dem Begriff der Herstellung nur die erstmalige Herstellung oder auch die Wiederherstellung zu verstehen sei. Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht habe rechtskräftig festgestellt, dass auch die Wiederherstellung gemeint sei. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag halte diese Auffassung aus mehreren Gründen für zutreffend:

Erstens sei es sachlich wenig überzeugend, zwischen erstmaliger Herstellung und Wiederherstellung von Entwässerungsanlagen zu unterscheiden. Die Diskussion über diese Unterscheidung sei erst in jüngster Zeit aufgekommen. Das führe er darauf zurück, dass viele Entwässerungsanlagen in Schleswig-Holstein gerade zum ersten Mal überhaupt erneuert werden müssten.

Zweitens gehe die Initiative zur Wiederherstellung von Entwässerungsanlagen in Ortsdurchfahrten häufig vom Land oder vom Kreis aus. Sie stellten aufgrund des schlechten Zustandes einer Straße einen Erneuerungsbedarf fest.

Drittens seien die Entwässerungsanlagen an Ortsdurchfahrten größer dimensioniert als auf den übrigen Gemeindestraßen. Die Ortsdurchfahrten seien breiter und größer, so dass mehr Wasser abgeführt werden müsse.

Viertens sei damit zu rechnen, dass die technischen Anforderungen an Entwässerungsanlagen in Zukunft steigen würden. Die Überlegungen gingen dahin, dass die Anlagen das aufgefangene Wasser vorreinigen sollten. Wenn der Landesgesetzgeber entsprechende technische Anforderungen beschließe und damit Mehrkosten verursache, sei es richtig, dass er sich daran beteilige.

Fünftens gebe es in Deutschland eine Reihe von Flächenländern, die gesetzlich geregelt hätten, dass sich der Baulastträger der Ortsdurchfahrt nicht nur an den Kosten der erstmaligen Herstellung, sondern auch an denen der Wiederherstellung beteiligen müsse.

Im Ergebnis plädiere der Gemeindegtag dafür, den Gesetzentwurf nicht zu verabschieden, sondern stattdessen der Regelung des Verwaltungsgerichtsurteils zu folgen. Diese ermögliche eine faire Kostenteilung und vermeide eine einseitige Kostenverlagerung auf die Gemeinden. Der Träger der Baulast für die übergeordnete Straße solle sich entsprechend der von ihm verantworteten Strecke und des dadurch anfallenden Wassers anteilig an den Kosten beteiligen, während die übrigen Kosten von der Gemeinde als dem Träger der Straßenbaulast für die Entwässerungseinrichtung getragen würden.

Herr Dr. Schulz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, erklärt, zwar begrüße der Landkreistag grundsätzlich Gesetzentwürfe, die die Kreise finanziell entlasteten. Den Gesetzentwurf in der jetzigen Form lehne der Landkreistag jedoch ab, weil er nicht sachgerecht sei. Verschärfend komme hinzu, dass die kommunale Ebene nicht auskömmlich finanziert sei, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Offenbar seien allein finanzielle Interessen des Landes ausschlaggebend für den Gesetzentwurf gewesen. Außerdem störe ihn, dass das Land nicht auf die Vertreter der kommunalen Ebene zugegangen sei, um eine einvernehmliche und sachgerechte Lösung zu finden.

Der Vorsitzende dankt Herrn Bülow und Herrn Dr. Schulz für ihre Stellungnahmen.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 20/2194, unverändert anzunehmen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin